



# 1 Protokoll

2

3

# Definitive Fassung

Datum:

24. Juni 2014

Für:

TeilnehmerInnen des Runden Tisches inkl. Stellvertretungen sowie weitere Sitzungsteilnehmende gemäss unten stehender Aufstellung

4

5

6

Referenz/Aktenzeichen: COO.2180.109.7.127636 / 922/2013/01186

7

8

## Protokoll der 6. Sitzung des Runden Tisches vom 24. Juni 2014

9

## im grossen Sitzungssaal der Schweiz. Nationalbank, Amthausgasse 22, 3003 Bern

10

11

12

**Vorsitz:**

Luzius Mader

Delegierter des EJPD für Opfer von  
FSZM; Bundesamt für Justiz

13

14

**Teilnehmende**

15

**mit Stimmrecht:**

Mirjam Aebischer

Integras Fachverband Sozial- und  
Sonderpädagogik

16

17

Marcus Andri

Vertreter Zwangsadoptierte

18

Ursula Biondi

Vertreterin administrativ Versorgte

19

Wolfgang Bürgstein

Schweizer Bischofskonferenz SBK

20

Daniel Cevey

Betroffener

21

Felix Frey

Schweizerischer evangelischer  
Kirchenbund SEK

22

Claudia Grob

Fondation officielle de la Jeunesse

23

Margrith Hanselmann

Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen  
und Sozialdirektoren SODK

24

Simon Hofstetter

Schweizerischer evangelischer Kirchenbund  
SEK

25

Thomas Huonker

Vertreter Fremdplatzierte

26

Andreas Jost

Betroffener

27

Peter Kopp

Schweizerischer Bauernverband SBV

28

David Oberholzer

CURAVIVA

29

Verband Heime und Institutionen Schweiz

30

31

32

1			
2	Alfred Ryter	Betroffener	
3	Claudia Scheidegger	Betroffene	
4	René Schüpbach	Betroffener	
5	Uschi Waser	Vertreterin Jenische	
6	Maria-Luisa Zürcher	Schweizerischer Gemeindeverband	
7			
8	<b>Teilnehmende</b>	Beat Gnädinger	Schweizerische
9	<b>ohne Stimmrecht:</b>		Archivdirektorenkonferenz ADK
10			
11	Elisabeth Keller	Eidgenössische Kommission für Frauen-	
12		fragen	
13	Loretta Seglias	Vertreterin Historiker	
14			
15	<b>Gäste:</b>	Nina Schneider	Bundesamt für Justiz
16		Iris Widmer	Bundesamt für Justiz
17	<b>Protokoll:</b>	Reto Brand	Bundesamt für Justiz
18	<b>Entschuldigt:</b>	Pierre Avanzino	Vertreter Historiker
19			
20		Renate Amstutz	Schweizerischer Städteverband
21			
22		Elsbeth Aeschlimann	Opferberatungsstelle Zürich
23			
24		Olivier Baud	Fondation officielle de la Jeunesse Jean-
25			Louis Claude Betroffener
26		Jacqueline Fehr	Parlamentarische Gruppe für Opfer von
27			FSZM
28		Martin Lengwiler	Vertreter Historiker
29		Ursula Schneider Schüttel	Parlamentarische Gruppe für Opfer von
30			FSZM
31		Kurt Gradolf	Vertreter Zwangssterilisierte
32		Lisa Hilafu	Vertreterin Zwangsadoptierte
33		Fritz Schober	Schweizer Bauernverband SBV
34		Diana Wider	Konferenz der Kantone für Kindes- und
35			Erwachsenenschutz KOKES
36		Annegret Wigger	Vertreterin Sozialwissenschaften
37		Marco Ronzani	Coach Betroffenenforum
38			

1 Sitzungsbeginn: 14.15 Uhr

2 **Traktandenliste:**

3

- 4 1. *Genehmigung des Protokolls des 5. RT vom 6. Juni 2014*
- 5 2. *Weiterführung der materiellen bzw. redaktionellen Diskussion des Berichtes; insbesondere des Berichtsteils zu den finanziellen Leistungen (ab Ziff. D.4).*
- 6 3. *Verschiedenes und weiteres Vorgehen*

7

8

9 **Vorbemerkungen**

10 Der Delegierte eröffnet die ausserordentliche Sitzung und dankt für das gewährte Gastrecht  
11 der Nationalbank. Der Runde Tisch (RT) trifft sich erstmals an einem richtigen runden Tisch.  
12 Sodann begrüsst der Delegierte insbesondere das neue Mitglied, Herr Ryter. Er vertritt an  
13 Stelle von Herrn Zwahlen neu die Verdingkinder (er war selbst ein Verdingkind). Der Dele-  
14 gierte begrüsst auch Herr Andri, der heute als Stellvertreter von Frau Hilafu erstmals am RT  
15 teilnimmt.

16 Sodann gibt der Delegierte die Entschuldigungen und die Vertretungen bekannt und weist  
17 darauf hin, dass an der heutigen Sitzung nur eine portable Mikrofon / Headset - Anlage für  
18 die französische bzw. deutsche Übersetzung der Voten verfügbar sei. Technisch bedingt  
19 könnten deshalb heute ausnahmsweise keine Tonaufnahmen von der Sitzung erstellt wer-  
20 den.

21 Der Delegierte gibt weiter bekannt, dass heute Fotos vom RT durch einen seiner Mitarbeiter  
22 gemacht würden, die dann den Mitgliedern des RT selbstverständlich zur Verfügung gestellt  
23 werden.

24 Im Zusammenhang mit der Berichterstattung über den Sternmarsch vom 19. Juni 2014 gab  
25 es Diskussionen über die Medienpräsenz von Betroffenenvertretern. Die Situation konnte in  
26 der Zwischenzeit geklärt werden.

27 Frau Aebischer informiert im Übrigen, dass die Generalversammlung von integras einen (für  
28 den Verband sehr substanziellen) Beitrag von Fr. 30'000.- an den Soforthilfefonds gespendet  
29 habe. (Protokollnotiz: Auch CURAVIVA hat den gleichen Betrag einbezahlt). Es gibt mehrere  
30 Einrichtungen der stationären Kinder- und Jugendhilfe, die ebenfalls Einzahlungen gemacht  
31 haben.

32

33 **1. Traktandum: Genehmigung des Protokolls des 5. RT vom 6. Juni 2014**

34 Keine Bemerkungen. Das Protokoll wird mit Dank an die Verfasserin genehmigt.

35

36 **2. Traktandum: Weiterführung der materiellen bzw. redaktionellen Diskussion des**  
37 **Berichtes; insbesondere des Berichtsteils zu den finanziellen Leistungen (ab Ziff. D.4).**

38 Grundlage der Diskussion bildet der Berichtsentwurf, den die Mitglieder des RT mit Mail vom  
39 17. Juni 2014 erhalten haben.

40 Ziel und Schwerpunkt der Sitzung ist die inhaltliche Diskussion des Berichtsteils zu den fi-  
41 nanziellen Leistungen. Die in der Zwischenzeit von verschiedenen Mitgliedern des RT einge-  
42 sandten Stellungnahmen werden wie folgt behandelt:

43 Materielle Anträge werden in der heutigen Sitzung diskutiert und ggf. in den Bericht eingear-  
44 beitet. Redaktionelle Änderungsvorschläge werden nicht hier an der Sitzung, sondern in den

1 nächsten Tagen im BJ bei der Überarbeitung des Berichts berücksichtigt werden. Die Mit-  
2 glieder des RT werden am Freitag, 27. Juni 2014, den überarbeiteten Berichtsentwurf erhal-  
3 ten und können dann dem BJ bis am Montag ihre allfälligen letzten Inputs einreichen.

4 Bei der Diskussion der finanziellen Leistungen ist es wichtig im Auge zu behalten, dass beide  
5 Komponenten, nämlich die Leistung aus dem Solidaritätsfonds und der Zuschlag zur AHV  
6 zusammen einen substanziellen Beitrag zugunsten eines jeden Opfers von FSZM bilden  
7 sollen. Das Gesamtpaket der finanziellen Leistungen soll auch im internationalen Vergleich  
8 mit anderen relevanten Ländern bestehen können.

9

#### 10 **Zur Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für einen Solidaritätsfonds (Ziff. 4.3.1)**

11 Der Schweizer Bauernverband (SBV) kann die vorgesehene konkrete Ausgestaltung des  
12 Solidaritätsfonds mit einer finanziellen Leistung an *alle* Opfer (d.h. unbesehen davon, ob sie  
13 sich in einer schwierigen finanziellen Lage befinden oder nicht), nicht mittragen. Es geht bei  
14 der Kritik des SBV aber nicht darum, das geschehene Unrecht zu relativieren, sondern viel-  
15 mehr darum, eine Lösung zu finden, die politisch realisierbar ist. Der SBV zieht dem Solidari-  
16 tätsfonds einen Härtefallfonds vor, bei dem nur diejenigen finanzielle Leistungen bekommen,  
17 die heute in einer prekären finanziellen Situation sind. Der Delegierte fasst nach einer kur-  
18 zen Diskussion unter den Mitgliedern des RT die Haltung des SBV so zusammen, dass der  
19 SBV die Auffassung des RT teile, wonach finanzielle Leistungen grundsätzlich nötig sind.  
20 Unterschiedliche Positionen ergäben sich aber hinsichtlich der Ausgestaltung der Leistun-  
21 gen. Die Präferenz des SBV für eine Härtefall-Lösung könnte hier im Bericht als Minder-  
22 heitsantrag ausgewiesen werden.

23 Herr Jost weist darauf hin, dass diejenigen, die es im Leben finanziell geschafft haben, nicht  
24 leer ausgehen sollten. Sie hätten ebenso sehr Leid erlitten wie die anderen. Herr Kopp be-  
25 merkt, dass der SBV mit seiner Haltung nicht alleine sei. Nur schon ein Blick in verschiedene  
26 Diskussionsforen ergebe, dass nicht die ganze Bevölkerung hinter der von der Mehrheit des  
27 RT favorisierten Lösung stehen würde. Herr Huonker fragt nach, weshalb der SBV einen  
28 Härtefallfonds befürworte, wenn er gegen den Soforthilfefonds (bzw. gegen eine Mitfinanzie-  
29 rung desselben) sei. Herr Kopp entgegnet, dass diesbezüglich die Haltung des SBV hinläng-  
30 lich bekannt sei und er deshalb auf eine nochmalige Ausführung verzichte. Frau Hanselmann  
31 würdigt positiv, dass der SBV mit der grundsätzlichen Unterstützung von finanziellen Lei-  
32 stungen inzwischen einen wichtigen Schritt gemacht habe. Herr Schüpbach erkundigt sich  
33 nach der Höhe des Verbandsvermögens des SBV. Herr Kopp entgegnet, dass der SBV eine  
34 Non-Profitorganisation sei. Das vorhandene Verbandsvermögen sei in den Jahresberichten  
35 öffentlich einsehbar. Dieses Geld sei aber im Wesentlichen für die Verbandsaufgaben ge-  
36 bunden und die finanziellen Möglichkeiten seien deshalb ziemlich limitiert.

37 Es folgt eine Diskussion, wie die Haltung des SBV im Bericht konkret ausgewiesen werden  
38 soll. Dabei sei es wichtig, dass sich der RT nicht auseinander dividieren lasse und möglichst  
39 einen gemeinsamen Nenner bei seinen Anliegen finde. Dies sei besonders im Hinblick auf  
40 die kommenden politischen Debatten zentral. Von grosser Bedeutung sei auch, dass der RT  
41 bereit sei, eine flexible Haltung einzunehmen, nicht zuletzt auch bei der Formulierung der  
42 Forderungen. Frau Zürcher erwähnt, dass man auch im Bericht erklären könnte, warum man  
43 mit Ausnahme des SBV eigentlich gegen einen Härtefallfonds sei. Dieser war die seinerzeit  
44 gewählte Lösung bei den Jenischen. Mit der Solidaritätslösung könne verhindert werden,  
45 dass neue Ungerechtigkeiten geschaffen werden. Man einigt sich darauf, im Textteil vor dem  
46 Massnahmenkästchen ein oder zwei Argumente einzufügen.

47

48

1

## 2 **Zum Zuschlag zur AHV-Rente (Ziff. 4.3.2):**

3 Der Delegierte stellt nach einigen einleitenden Bemerkungen fest, dass der RT grundsätzlich  
4 die kombinierte Lösung (Geldbetrag aus dem Fonds/Rentenzuschlag) unterstützt. Im Hin-  
5 blick auf die Haltung des SBV wird bei der Formulierung des entsprechenden Massnahmen-  
6 vorschlags die analoge Formulierung wie beim Massnahmenvorschlag zum Solidaritätsfonds  
7 gewählt. Herr Oberholzer wirft die Frage auf, ob allfällige Auszahlungen von AHV-  
8 Zuschlägen an Nachkommen von Opfern (als an die 2. Generation) denselben Umfang ha-  
9 ben, wie die Zahlungen an die Opfer selber. Der Delegierte stellt klar, dass die einheitliche  
10 Leistung auch für Nachkommen zutrefte, dass aber solche Zahlungen nur in absoluten Aus-  
11 nahmefällen vorgesehen seien – in Übereinstimmung mit den Festlegungen, die der RT be-  
12 reits früher getroffen hat. In solchen Fällen würde eine Leistung in gleicher Höhe und Art  
13 ausbezahlt, wie sie für die Opfer selbst vorgesehen sei.

14

## 15 **Zu den weiteren finanziellen Massnahmen (Ziff. 4.3.3.)**

16 Herr Huonker stellt die Frage, ob die vorgesehene "substanzielle finanzielle Leistung" be-  
17 tragsmässig im Bericht beziffert werden solle oder nicht. Der Delegierte stellt diese Frage zur  
18 Diskussion. Im Verlauf der längeren Diskussion wurden verschiedene Punkte geklärt:

- 19 - Es kann auch zu einem späteren Zeitpunkt, z.B. im Verlauf der Ausarbeitung eines Ge-  
20 setzesentwurfes für die Aufarbeitung der FSZM noch ausreichend früh konkretisiert wer-  
21 den, was als substanzielle finanzielle Leistung gelten kann, d.h. dies braucht nicht schon  
22 jetzt im Bericht zu geschehen.
- 23 - Der RT solle sich bewusst sein, dass die aktuelle Diskussion zur Höhe der finanziellen  
24 Leistungen innerhalb des RT mit einem entsprechend grossen Vor- bzw. Insiderwissen  
25 geführt werde, das erlaube, die Massnahmenvorschläge richtig einzuordnen. Dies dürfte  
26 bei den kommenden Diskussionen in der Gesellschaft über das Thema FSZM nicht der  
27 Fall sein. Dort ist dieses Insiderwissen nicht vorhanden.
- 28 - Die Gefahr bei einer Nennung eines Pro-Kopf-Betrages besteht, dass dann dieser Betrag  
29 beliebig mit den unterschiedlichsten Annahmen in Bezug auf die zu erwartende Anzahl  
30 von Betroffenen multipliziert wird und das entstehende Meinungschaos dann in seiner  
31 Wirkung auf die Öffentlichkeit nicht mehr vom RT kontrolliert werden kann. Wenn man  
32 andererseits nur einen Gesamtbetrag nennen würde, könnte schnell der Vorwurf kom-  
33 men, dass die Betroffenen bzw. der RT ja kaum eine Ahnung davon hätten, wie viele Per-  
34 sonen effektiv betroffen seien. Der Bericht mit all seinen verschiedenen Facetten würde  
35 dann wohl gar nicht mehr in seiner Gesamtheit gewürdigt, weil sich die Presse nur auf  
36 diese eine Zahl stürzen und den Rest vernachlässigen würde.
- 37 - Auf der anderen Seite solle der RT aber auch nicht dauernd eine Schere im Kopf haben  
38 und in vorseilendem Gehorsam die Forderungen der Betroffenen ständig relativieren  
39 bzw. zurücknehmen, um sie mutmasslich mehrheitsfähig zu machen. Vielmehr solle er  
40 dazu stehen, sonst schwäche er sich.
- 41 - Es sollte im Bericht zum Ausdruck kommen, dass die finanziellen Leistungen in einem an-  
42 gemessenen Verhältnis zum verursachten Leid stehen müssen und dass die Betroffenen  
43 keine blossen Bittsteller seien, sondern dass ihnen aufgrund des ihnen angetanen Leides  
44 etwas zusteht. Ein oder zwei Sätze sollten im Bericht hierzu aufgenommen werden. Was  
45 der RT nicht tun kann, ist im Bericht sagen, dass die Opfer bereits ein *Recht* auf finanziel-  
46 le Leistungen *haben*. Was er aber tun kann und will, ist, den Betroffenen *ein Recht* darauf  
47 *geben*. Das geschieht dann, wenn es gelingt, die Akteure im politischen Entscheidungs-

1 findungsprozess zu überzeugen, dass es für eine echte Aufarbeitung und im Sinne der  
2 Anerkennung des Unrechts auch finanzielle Leistungen brauche.  
3 - Unproblematisch ist, wenn die Betroffenen anlässlich der Medienkonferenz den Journalis-  
4 ten gegenüber ihre Forderungen bekannt machen bzw. beziffern würden.

5

6 **Zu den Massnahmen im IV-Bereich, Soforthilfe sowie zu denjenigen im Betreibungs-**  
7 **recht (Ziff. 4.3.3. b und c).**

8 Zustimmung, keine Bemerkungen.

9

10 **Zum Thema Steuererlass (Ziff. 4.3.3. d)**

11 Zu diesem Thema findet eine längere Diskussion statt. Der Delegierte und mehrere Vertreter  
12 von Behörden und Institutionen plädieren dafür, diesen Massnahmenvorschlag zu streichen  
13 und sich auf das finanzielle Hauptanliegen, nämlich das Gesamtpaket, zu konzentrieren.  
14 Damit würden dessen Realisierungschancen gestärkt. Es können so auch eventuelle un-  
15 fruchtbare Neiddiskussionen vermieden werden, die der RT nach Veröffentlichung des Be-  
16 richts nicht mehr steuern könnte. Einzelne Betroffene setzen sich dagegen für einen umfas-  
17 senden Steuererlass ein. Herr Huonker schlägt vor, nur Opfer mit hohen Steuerschulden und  
18 tiefen Einkommen für einen allfälligen Steuererlass zu berücksichtigen. Viele Gemeinden  
19 erlassen schon heute einkommensschwachen Betroffenen ihre Steuerschulden. Damit könn-  
20 te man diesen Gemeinden schon heute den Rücken stärken, wenn der entsprechende Pas-  
21 sus im Bericht belassen bzw. ergänzt würde. So würde man einfach den Ist-Zustand berück-  
22 sichtigen bzw. im Bericht festhalten. Frau Zürcher ist zwar mit dem Resultat der Überlegun-  
23 gen von Herrn Huonker einverstanden. Sie würde das aber nicht im Bericht platzieren, son-  
24 dern innerhalb der SKOS oder in den Kommunalverbänden weiterverbreiten.

25 Die Diskussion über den Steuererlass wird in deren Verlauf auch auf das GA ausgeweitet.  
26 Herr Huonker erwähnt, dass die Idee für das GA aus dem Betroffenenforum stammt; dort  
27 seien alle damit einverstanden gewesen. Der RT müsse dem Bundesrat bzw. dem Parla-  
28 ment eben gerade kein Gesamtpaket verkaufen und deshalb solle der RT auch nicht auf die  
29 Forderung auf ein GA verzichten. Die politischen Realitäten würden dann seiner Ansicht  
30 nach schon noch genügend filtern; der RT brauche dies nicht vorweg zu nehmen. Die Frage  
31 stellt sich sodann, ob es unbedingt ein GA sein müsse oder ob der Massnahmenvorschlag  
32 im Bericht nicht besser "verkehrsmittelneutral" formuliert sein sollte, z.B. indem statt eines  
33 GA's REKA-Schecks für einen gewissen Betrag pro Jahr vorgesehen würden. Auf diese  
34 Weise könnten sowohl die Bahnreisenden als auch diejenigen, die auf ein Auto angewiesen  
35 sind, von dieser Massnahme profitieren.

36 Der Delegierte lässt den RT zunächst über den Steuererlass und dann über das GA abstim-  
37 men.

38 1. In Bezug auf den Steuererlass schlägt er eine Anpassung der Formulierung im Sinne  
39 des Vorschlags von Herrn Huonker (Steuererlass bei Einkommensschwachen) vor, er-  
40 gänzt um eine Anregung von Frau Keller in Bezug auf einen geänderten Titel "Berück-  
41 sichtigung von Gesuchen von Steuerlassen". Dies wird vom RT einstimmig angenom-  
42 men.

43 2. In Bezug auf das GA schlägt der Delegierte eine Abstimmung zu zwei verschiedenen  
44 Fragen vor.

45 • Der RT soll sich erstens dazu äussern, ob die Massnahme "verkehrsmittelneutral"  
46 formuliert werden soll oder ob das GA favorisiert werden soll. 6 Stimmen ziehen das

1 GA vor, 5 Stimmen möchten eine "verkehrsmittelneutrale" Formulierung mit der Er-  
2 wählung von REKA-Schecks.

- 3 • Der RT soll sich zweitens dazu äussern, ob er das GA im Bericht überhaupt als  
4 Massnahme vorschlagen will oder nicht. 9 Stimmen ziehen den Verzicht auf die  
5 Nennung dieser Massnahme vor, 7 Stimmen möchten an der bestehenden Formu-  
6 lierung festhalten.

7 Ergebnis: Erwählung der Massnahme im Bericht als Vorschlag einer Minderheit.

8 Herr Jost weist darauf hin, dass es seinem Rechtsempfinden nach mit dem Gleichbehand-  
9 lungsprinzip nicht vereinbar sei, wenn einerseits Alt-Bundesräten ein Sonderrecht einge-  
10 räumt werde, indem diese ein weit höheres jährliches Ruhegehalt beziehen, als es dem von  
11 den Vereinen geforderten Betrag von 120'000 Franken entspricht und es andererseits of-  
12 fenbar nicht möglich sei, die berechtigten Ansprüche der Betroffenen zu erfüllen. Es sei für  
13 ihn unzumutbar, Steuerforderungen eines Systems erfüllen zu müssen, das ihn ein Leben  
14 lang nur geschädigt habe und es sei für ihn nicht nachvollziehbar, dass Steuervergünsti-  
15 gungen bzw. -erlass sowie das GA nicht mehr zur Diskussion ständen.

16

#### 17 **Zur wissenschaftlichen Aufarbeitung (Ziff. 5):**

18 Der Delegierte bemerkt einleitend, dass das Thema am RT bisher eher am Rande behandelt  
19 worden sei und bittet Frau Seglias, einen Überblick über die beiden im Vordergrund stehen-  
20 den Modelle bzw. Gremien zu geben, wie das Thema aufgearbeitet werden kann:

21 a) Durch eine Erweiterung des Auftrags der im Rehabilitierungsgesetz vorgesehenen un-  
22 abhängigen Kommission von Expertinnen und Experten UEK, oder

23 b) Durch ein sog. Nationales Forschungsprogramm NFP im sog. "Fast-Track"-Verfahren  
24 (eine Art schneller als üblich lanciertes Forschungsprojekt des Nationalfonds)

25 Frau Seglias führt aus, dass die Variante a eine Gesetzesrevision bedinge, bis zu deren In-  
26 krafttreten bzw. bis zur Lancierung der Arbeiten einige Jahre vergehen würden. Dies sei wohl  
27 nicht im Interesse der Sache und der Betroffenen. Ein besserer Weg sei die sog. Kombi-  
28 Lösung, bei der die UEK das Thema administrativ versorge und die Schnittstellen zu den  
29 anderen Gruppen von Betroffenen untersuchen würde und bei der das NFP alle weiteren  
30 Betroffenen Gruppen abdecken würde. Eine solche Lösung bedinge aber eine enge Zusam-  
31 menarbeit und Koordination der Leitungsgremien sowie Experten mit wissenschaftlichem  
32 Leistungsausweis, die konsensorientiert arbeiten können. Zur Kombi-Lösung und dem zwei-  
33 gleisigen Vorgehen äussern sich insbesondere Herr Kopp und Frau Aebischer eher kritisch  
34 und fragen sich, ob diese Lösung nicht einen zu grossen Koordinations- und Ressourcenbe-  
35 darf erfordere. Insbesondere Frau Aebischer würde es sehr begrüessen, die UEK mittels einer  
36 Revision des Rehabilitierungsgesetzes zu erweitern und dann den RT in geeigneter Form  
37 einzubinden. Es sei schade, wenn nur für die Wissenschaft geforscht werde, wie das oft bei  
38 NFP der Fall sei. Die Ergebnisse der Forschung gehörten in die Gesellschaft getragen, vor  
39 allem beim Thema FSZM.

40 Der Delegierte und Frau Seglias wenden dagegen ein, dass die Vermittlung der For-  
41 schungsergebnisse in einem NFP schon relativ früh einsetze und nicht erst am Schluss. Die  
42 Valorisierung der Forschungsergebnisse sei ein wichtiger Teilaspekt aller NFP's und etwa 10  
43 Prozent der Forschungsbudgets würden dafür aufgewendet. Ausserdem sei der zeitliche  
44 Aspekt sehr wichtig. Während das NFP schnell gestartet werden könne, würde die Erweite-  
45 rung der UEK noch einige Jahre in Anspruch nehmen, bis das entsprechende Gesetz bereit  
46 wäre. Es sei gerade bei den Befragungen der Betroffenen sehr wichtig, dass damit schnell  
47 begonnen werden könne, und nicht erst dann, wenn schon ein Teil davon gestorben sein

1 wird.

2

3 Frau Aebischer nennt das Beispiel der aktuellen Ausstellung zu den Verdingkindern auf dem  
4 Ballenberg. Dies sei kein Projekt gewesen, das von den ForscherInnen gemacht worden sei.  
5 Sie plädiert für die Schaffung und Dotierung einer unabhängigen Stelle mit entsprechenden  
6 Mitteln, welche die Vermittlung der Forschungsergebnisse übernehme. Herr Cevey stört sich  
7 daran, dass man sich einerseits schwer tue, 500 Millionen Franken für die Betroffenen auf-  
8 zubringen, dann aber andererseits substanzielle Mittel für die wissenschaftliche Aufarbeitung  
9 aufbringen wolle und könne. Dies sei inkohärent. Im Verlauf der weiteren Diskussion wird  
10 zunächst vor allem davor gewarnt, die Beträge für die wissenschaftliche Forschung gegen  
11 die finanziellen Leistungen für die Betroffenen gegeneinander auszuspielen. Sodann möchte  
12 Frau Aebischer, dass in der UEK Betroffene mit Entscheidungskompetenz Einsitz nehmen  
13 können, weil dies den Fokus der Forschungsarbeit verändern würde. Die Diskussion verla-  
14 gert sich dann zurück zur Frage, ob die UEK mit einem umfassenden gesetzlichen Auftrag  
15 ausgestattet werden oder ob die Kombi-Lösung mit NFP gewählt werden soll. Es wird  
16 schliesslich erwähnt, dass auf Seite 46 des Berichts genügend Kautelen eingebaut seien, um  
17 den Bedenken von Frau Aebischer Rechnung zu tragen. Am Ende der Diskussion werden  
18 keine Einwände mehr gegen die im Bericht vorgeschlagene Kombi-Variante erhoben. Frau  
19 Seglias bietet überdies an, an der letzten Sitzung des RT eine viertelstündige Präsentation  
20 zu machen, um die vorgesehene wissenschaftliche Aufarbeitung näher zu erläutern.

21

## 22 **Zur Öffentlichkeitsarbeit / gesellschaftspolitische Sensibilisierung (Ziff. 6)**

23 Dieser Textteil gibt nur wenig Anlass zu Fragen und Präzisierungen, weshalb an dieser Stel-  
24 le auf die Änderungen im Bericht verwiesen wird. Bei Ziffer 6.3.2 (Strafbarkeit der Verspot-  
25 tung von Opfern) wird ausdrücklich auf den Prüfauftrag hingewiesen, ob die gegenwärtigen  
26 Straftatbestände im StGB genügen bzw. ob ein neuer Straftatbestand zu schaffen ist.

27

## 28 **Zu den organisatorischen Massnahmen (Ziff. 7)**

29 Hier weist Herr Kopp darauf hin, dass bei der künftigen Weiterführung des RT darauf geach-  
30 tet werden solle, auch andere Organisationen beizuziehen. Herr Huonker führt hier als Bei-  
31 spiel die bisher fehlende Vertretung der Medizin/Psychiatrie und der Pharmabranche am RT  
32 auf. Der Delegierte präzisiert, dass auch in der künftigen Zusammensetzung des RT die  
33 verschiedenen Gruppen in ihrer Grundausrichtung wieder paritätisch vertreten sein sollen.  
34 Frau Grob ergänzt, es sei darauf zu achten, dass man nicht in 30 Jahren einen neuen RT zu  
35 den heutigen Geschehnissen einberufen müsse. Deshalb sei es wichtig, wenn sich der künf-  
36 tige RT auch dem Element Prävention widmen würde. Dies findet allgemeine Zustimmung.

37 Frau Aebischer würde es begrüßen, wenn man bei der Zusammensetzung des künftigen RT  
38 beachtet, dass er sich vermehrt vom BJ lösen könne. Dies solle nicht als Misstrauensvotum  
39 verstanden werden, aber das BJ sollte ihrer Meinung nach beim RT nicht mehr so federfüh-  
40 rend sein wie bisher. Frau Zürcher wendet ein, dass man sich das besser dreimal überlegen  
41 sollte. Bei den Jenischen hätte man auch die Verantwortung vom Bund weg in eine Stiftung  
42 übertragen, was dazu geführt habe, dass dann der politische Druck, der die Dinge vorange-  
43 bracht habe, plötzlich weg gewesen sei. Im Nachhinein betrachtet sei dies politisch nicht die  
44 optimale Lösung gewesen. Frau Biondi ergänzt, dass die Betroffenen wünschten, dass es so  
45 weitergehe wie bisher.

46 In Bezug auf das Budget des RT meint Herr Huonker, dass dieses angehoben werden sollte.  
47 Vor allem die Gemeinden und Kantone sollten ihre Beträge erhöhen, dann gäbe dies mehr  
48 Spielraum für weitere Aktivitäten und das Budget des BJ müsste nicht immer herhalten. Der



1 Delegierte weist darauf hin, dass das Budget bisher dank der Unterstützung des Departements  
2 ausreichend gewesen sei. Im Übrigen hätten gerade die Kantone viel zur Entlastung  
3 beigetragen, indem sie etwa die Anlaufstellen und die Arbeit mit der Akteneinsicht bzw. den  
4 Archiven finanzierten. Auch Gemeinden hätten viel beigetragen. Herr Gnädinger warnt da-  
5 vor, die Dinge zu verkomplizieren und Zahlen zu nennen, um zu verhindern, dass plötzlich  
6 unnötig Diskussionen entstehen.

7 In Bezug auf die Weiterführung des Betroffenenforums verweist der Delegierte auf den ver-  
8 teilten Bericht von Herrn Ronzani. Dessen Fazit war eindeutig; das Betroffenenforum soll  
9 auch künftig weiterbestehen.

10 Was den letzten Massnahmenpunkt Finanzierung der Selbsthilfegruppen betrifft, so ist eine  
11 finanzielle Unterstützung der Vereine – wie von Herr Huonker beantragt – gemäss dem De-  
12 legierten mit vielen Fragen und Schwierigkeiten verbunden: Braucht es für die Gewährung  
13 eines Beitrags eine Mindestanzahl von Mitgliedern, die eine Organisation aufweisen muss?  
14 Muss sie von gesamtschweizerischer Bedeutung sein? Welche Mindestexistenzdauer müss-  
15 te diese Organisation aufweisen? Diese und andere Fragen führen den Delegierten zur Auf-  
16 fassung, dass es wohl besser sei, bei der Selbsthilfe der Betroffenen nicht direkt den Verei-  
17 nen, sondern einzelnen Projekten Unterstützung zu gewähren. Herr Huonker sieht sein An-  
18 liegen damit teilweise berücksichtigt. Was bestehen bleibe, sei das Ungleichgewicht bei den  
19 finanziellen Mitteln (diejenigen der Vereine im Vergleich zu den Mitteln des BJ, der Kantone  
20 etc.).

21

## 22 **Zum Kapitel Gesamtwürdigung und Ausblick (Schlusskapitel "E")**

23 Schliesslich kommt der Delegierte auf das Schlusskapitel zu sprechen, das den Sitzungsteil-  
24 nehmern am Vortag zugestellt wurde. Dieses soll heute nicht im Detail diskutiert werden,  
25 aber Bemerkungen von Seiten der Mitglieder des RT seinen zuhanden der anstehenden  
26 Überarbeitung des Berichts willkommen.

27

## 28 **3. Traktandum: Verschiedenes und weiteres Vorgehen**

29 Am Freitag, 27. Juni 2014 werden die Mitglieder des RT die neue, gemäss den Ergebnissen  
30 dieser Sitzung und den eingereichten Stellungnahmen überarbeitete Fassung erhalten. Bis  
31 am Montagmorgen, 30. Juni 2014 können dann die Mitglieder ihr Feedback geben. Am 1. Juli  
32 werden wir an der Sitzung am Bericht letzte Anpassungen machen können. Der Delegierte  
33 bittet um Verständnis, dass nun keine neuen Anträge mehr eingereicht werden können.

34 Die Sitzung vom 1. Juli 2014 wird um 9.15 beginnen (Begrüssungskaffe ab 08.45h) und spä-  
35 testens bis 12.30h dauern. Frau Bundesrätin Sommaruga dürfte am Schluss der Sitzung,  
36 beim Stehlunch oder spätestens an der Medienkonferenz um 15.00h mit dabei sein. Die  
37 deutschen und französischen Fassungen werden zwischen dem Sitzungsende und der Me-  
38 dienkonferenz fertig aufbereitet und ausgedruckt werden. Zur Medienkonferenz sind alle Mit-  
39 glieder des RT eingeladen und können für Interviews oder individuelle Statements zur Verfü-  
40 gung stehen. Auf dem Podium werden der Delegierte sowie Frau Hanselmann als Behör-  
41 denvertreter anwesend sein, dazu ein oder zwei Betroffene. Die Betroffenen sollen selbst  
42 entscheiden, wer das sein wird. Der Delegierte wäre froh um eine Rückmeldung vor dem  
43 Sitzungstag.

44 Frau Widmer gibt darauf einen kurzen Überblick über die am Berichtstext zwischenzeitlich  
45 vorgenommenen redaktionellen Änderungen.

46 Der Delegierte ist überzeugt, auf der Grundlage der bisher geleisteten Diskussionen und  
47 Arbeiten den Bericht nun rasch verabschieden zu können und dann noch Zeit zu haben für

- 1 die Besprechung der Zusammensetzung und Funktion des zukünftigen RT. Er schliesst die
- 2 Sitzung um **17.25 h** und dankt den Anwesenden sowie den Übersetzern für Ihre Arbeit.
- 3